

# Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 58

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

## Außerordentlicher Landesverbandstag Dr. Thorsten Eichenauer wurde als neuer Vorsitzender gewählt

### An die Arbeit

Die 138 Delegierten des außerordentlichen Landesverbandstages der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen haben am 19. September 2006 in Hannover bei 2 Gegenstimmen den 57-jährigen Ministerialrat Dr. Thorsten Eichenauer zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und die Geschicke der DSTG im Lande in jüngere Hände gelegt. Jürgen Hüper war nach Eintritt in den Ruhestand zurückgetreten.



Jürgen Hüper (li.) und Dr. Thorsten Eichenauer (re.)

Die Anwesenheit von Finanzminister Hartmut Möllring in Begleitung von Staatssekretärin Hermenau und zahlreichen Spitzenbeamten seines Ressorts, der Besuch von Abgeordneten aller Fraktionen des Niedersächsischen Landtages, die persönliche Dankes- wie Glückwunschanreden des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und das zahlreiche Kommen vieler Freunde der DSTG dokumentierten das hohe Ansehen des scheidenden Vorsitzenden Jürgen Hüper, der ganz zweifellos für den Nachfolger hohe Maßstäbe gesetzt hat.

Unser neuer Mann an der Spitze: Thorsten Eichenauer ist Ministerialrat im Niedersächsischen Finanzministerium, langjähriges Vorstandsmitglied der DSTG in Niedersachsen, seit 15 Jahren im örtlichen Personalrat des Ministeriums und Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen.

Er wird geschätzt als versierter Fachmann im Dienstrecht, als nachhaltiger Kenner von Arbeitsorganisation und -abläufen in der Finanzverwaltung, als engagierter Sachwalter der Belange der Mitarbeiter sowie, beim Blick auf den Dienstherrn, als akzeptierter Gesprächs- und Verhandlungspartner.

Nunmehr nachgewählt zur stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde die gewerkschaftserfahrene Uschi Japtok, auf deren bisherigen Platz als Beisitzer im

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Aus dem Inhalt:

**Jürgen Hüper zum Ehrenvorsitzenden gewählt**

**Bezirksausschuss Oldenburg wählt neue Vorsitzende**

Unter bestimmten Voraussetzungen ist nunmehr auch ein Verwendungsaufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst möglich. Näheres ergibt sich aus § 32 h der Niedersächsischen Laufbahnverordnung, nachzulesen im Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds. GVBl.) Nr. 23/2005, ausgegeben am 17.11.2005, S. 338.

# LANDESVERBANDSTAG

Fortsetzung von Seite 1



Ein Blick in die Reihen der Delegierten

geschäftsführenden Vorstand Thorsten Balster nachrückt. Ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende wurde Henriette Schmager gewählt, die damit Heike Bischoff nach deren Rücktritt von allen ihren Ämtern im August dieses Jahres nachfolgt.



## Aufbewährtem Kurs

Mit seiner Jungfernrede knüpfte Eichenauer lückenlos an die vom bisherigen Vorsitzenden gegebenen Stichworte an und überzeugte die Delegierten von der Richtigkeit der soeben vollzogenen Wahl:

Das Ein und Alles der von der Politik dominierten Personalwirtschaft in der Finanzverwaltung sei unverzichtbar die Verlässlichkeit der Verantwortlichen, denen Recht und Gesetz im Umgang mit dem Personal so selbstverständlich sein sollte wie die redliche Handhabung von Fürsorgepflicht und Gerechtigkeit im Kreise aller Mitarbeiter.

Realität seien allerdings unter der Vorgabe offensichtlich permanenter Haushaltsnöte ständige, oft genug einseitige finanzielle Einschnitte in Besoldung und Versorgung, die Nichteinlösung von Besoldungs-

fälligkeit bis hin zur totalen Beförderungsverweigerung und eine minimierte Nachwuchsrekrutierung durch eine Anwärterausbildung ohne Übernahme aller Ausbildungsabsolventen trotz dringenden Bedarfs.

Eichenauer erinnerte an den gesetzlichen Anspruch auf leistungsgerechte Bezahlung und hielt dem Minister die mehrfachen Nullrunden, den beklagenswerten Umgang mit der Sonderzuwendung und die ins Reich der Träume verbannten Leistungszulagen pp entgegen.

Immer weniger Geld bei immer mehr Arbeit - immer weniger Personal für immer mehr Aufgaben! Der Vorsitzende - ein Schelm - wagte den leisen Versuch, die augenblicklich überraschenden Einnahmen zur Schadenswiedergutmachung wenigstens andeutungsweise zu nutzen.



Gäste der Öffentlichen Veranstaltung

Dem alterfahrenen Gewerkschaftsmitglied kamen die angesprochenen Themen durchweg bekannt vor, waren die „Baustellen“ doch sämtlichst als probate „Abbruchstellen“ allerorts beklagt.

„Nur zusammen erreichen wir etwas in unserem Sinn - und nur mit unnachgiebiger Ausdauer“ rief der neue Vorsitzende seiner zahlreich anwesenden Mitgliedschaft zum Ende seines Einstandes zu. Ein gelungener Auftakt.

Die Atmosphäre während der Rede des Finanzministers war freundschaftlich, hatte Hartmut Möllring doch das Verhältnis des Finanzministeriums zu Jürgen Hüper wie zur DSTG mit der Formel „Miteinander statt Gegeneinander“ charakterisiert.

Der Minister befasste sich nach persönlichen Worten an Jürgen Hüper mit den Perspektiven der Beamtenschaft, soll heißen: mit den Chancen und Grenzen der künftigen Zuständigkeiten der Länder im Dienst- und Besoldungsrecht.

Möllring konnte trotz vieler Worte die Ungleichheit

## LANDESVERBANDSTAG

zwischen Einmalaufbesserungen und linearen Anhebungen von Besoldung im großen Fächer der Besoldungsgruppen nicht auflösen.



*Finanzminister Möllring bei seiner Ansprache*

Man wird im Gespräch bleiben, Gemeinsamkeiten pflegen und ausgabenbedingte Differenzen nicht leichtfertig zum Streit aufschüren.



*Dieter Ondracek (li.) und Dr. Thorsten Eichenauer*

Dieter Ondraceks Arbeitsfeld hat sich gegenüber früher durch die Föderalismusreform in Deutschland

grundlegend verändert: Der Zuständigkeitsübergang in Sachen Dienst- und Besoldungsrecht auf die Länder macht aus dem bisherigen Protagonisten einen länderübergreifenden Souffleur, dessen zukünftige Einwirkungsmöglichkeiten sich noch erst etablieren müssen.

Schwerpunkte seiner Rede waren steuerpolitische Themen wie die Diskussion um den Ausbau einer Bundessteuerverwaltung mit weitreichender Zuständigkeit, die er allerdings ernsthaft ohne Chancen der Realisierung sah, sowie Spekulationen z.B. über staatliche Einnahmevermehrungen im Grundsteuer- oder auch im Erbschaftsteuerbereich.



*Unsere Kollegen bei der Öffentlichen Veranstaltung*

### Jürgen Hüper ade

Auslöser des Landesverbandstages war der schon vor zwei Jahren angekündigte Rückzug Jürgen Hüpers aus der Gewerkschaftsspitze. Eine Sonderausgabe des Blickpunktes im Stile einer akademischen Festschrift feiert den frisch gewählten Ehrenvorsitzenden in erster Linie als Menschen. Der Funktionär tritt deutlich erst an zweiter Stelle zutage.

Der minutenlange Beifall für den scheidenden Vorsitzenden kam allen Anwesenden von Herzen, sein Abgang glich der Heimkehr eines lorbeerumkränzten Konsuls nach Ablauf der Amtszeit im alten Rom.

Bei herrlichstem Spätsommersonnenschein rufen wir Jürgen Hüper zu: „Auch der Herbst hat schöne Tage“ mögen es recht viele sein. Wir bleiben in Verbindung in punkto DSTG-Aufgaben, als Freunde wie auch bei einem guten Tropfen.

*Christoph Duensing  
DSTG Ehrenmitglied*

# LANDESVERBANDSTAG

## Unsere Forderung : Sockelbetrag plus lineare Erhöhung

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

unser außerordentlicher Landesverbandstag hat mich zu Ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er hat mich mit einem Vertrauensvorschuss bedacht, den ich in den kommenden Jahren mit Ihrer Hilfe und Unterstützung rechtfertigen will. Henriette Schmager, eine unserer neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden führte bei ihrer Vorstellung zutreffend aus, jeder Verband sei nur so stark wie seine Mitglieder. Jeder Vorstand benötige tatkräftigen Einsatz seiner Mitglieder. In unserem Landesverband hat es nie an Engagement vom einzelnen Mitglied bis zum Landesvorstand gemangelt. Mein Appell, meine Bitte an Sie: Lassen Sie uns wie bisher gemeinsam nachdrücklich und sachlich für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen eintreten. Ich bin auf Ihre Mitwirkung angewiesen und bitte Sie um tatkräftige Unterstützung.

Die niedersächsische Landesregierung beschloss am 18. Juli, den Beamtinnen und Beamten 2007 einmalig 860 Euro zu zahlen und die Gehälter ab 2008 um 3 % zu erhöhen. Diese Entscheidung setzt den Tarifabschluss nicht 1:1 im Beamtenbereich um, sondern benachteiligt erneut die Beamtinnen und Beamten. Die Landesregierung bricht mit dieser Entscheidung ihr Wort, hält sich nicht an ihre wiederholt aufgestellte Forderung, Tarifpersonal und Beamte sollten gleich behandelt werden. Nach Einsparungen von fast ½ Milliarde Euro jährlich im Beamtenbereich sollen wir auch in den beiden kommenden Jahren als Sparschein des Landes missbraucht werden. Dieses Ansinnen kann ich

nur als Sauerei bezeichnen. Nicht nur der dbb-niedersachsen und die DSTG sind gefordert, auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen sollten vor Ort bei jeder sich bietenden Gelegenheit Abgeordnete der Regierungsfractionen fragen, warum auf die Politik kein Verlass mehr sei. Wer Gleichbehandlung seiner Beschäftigten fordere, der habe diese Zielvorgabe auch umzusetzen. Nur dem Menschen könne man vertrauen, der verlässlich sei.

Die Entscheidung der Landesregierung, allen Beamtinnen und Beamten 2007 den gleichen Betrag als Einmalzahlung zukommen zu lassen, begrüßen wir nachdrücklich, weil unserer Verwaltung überdurchschnittlich viele Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes und damit der unteren Besoldungsgruppen angehören, die von einer prozentualen Erhöhung in deutlich geringerem Umfang profitieren würden. Diese Kolleginnen und Kollegen müssten aber, sollte der obengenannte Beschluss der Landesregierung umgesetzt werden, 2008 im Verhältnis zu 2007 wieder Gehaltseinbußen hinnehmen, weil bis zu einem Jahresbruttogehalt von 28.660 Euro eine Gehaltssteigerung von 3 % weniger als die Einmalzahlung von 860 Euro sind.

**Wir fordern die Abgeordneten des Landtages auf, dafür zu sorgen, dass die Gehälter aller Beamtinnen und Beamten 2008 im Verhältnis zu 2007 steigen.**

**Wir fordern deshalb, 2008 alle Gehälter um einen monatlichen Sockelbetrag plus einer linearen Gehaltssteigerung zu erhöhen.**

Deutliche Einnahmeverbesserungen im Landeshaushalt sind Ihr Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine tüchtige und qualifizierte Steuerverwaltung wie in Niedersachsen schafft der Politik die Basis für ihr Handeln. Diese Leistung der Steuerverwaltung muss mit Stellenhebungen belohnt werden, um die unerträglichen Beförderungswartezeiten leistungsfähiger und leistungswilliger Beamtinnen und Beamten zu verkürzen. Seit Jahren fordern die Politiker eine leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst. Sie versprachen Prämien und Zulagen - sie verlängerten die Dienstaltersstufen und strichen das Weihnachtsgeld, zwei von vielen Einschnitten.

Auch diese Tatsachen machen deutlich, dass auf die Politik kein Verlass ist. Für die Politik ist es Zeit zur Umkehr, zur Rückkehr zur Verlässlichkeit. Wer es ernst meint mit leistungsgerechter Besoldung, der schafft durch Stellenhebungen Beförderungssämter, denn:

**Es gibt keine gerechtere, bessere Belohnung der Leistung als die Beförderung**

meint Ihr

*Dr. Thorsten Eichenauer*



## LANDESV ERBANDSTAG

### Neue Vorsitzende des Bezirksausschusses Oldenburg gewählt

Nach § 13 der zum Landesverbandstag 2004 verabschiedeten Satzung erfolgt die Wahl der Mitglieder des Bezirksausschusses Oldenburg anlässlich des Landesverbandstages. Wahlberechtigt sind die für den Landesverbandstag stimmberechtigten Vertreter/innen der Ortsverbände, die zum Bereich des Bezirksausschusses gehören.

Nachdem die bisherige Vorsitzende des Bezirksausschusses Oldenburg, die Kollegin Heike Bischoff von allen ihren Ämtern zurückgetreten war, war auf dem a.o. Landesverbandstages 2006 eine neue Vorsitzende/ein neuer Vorsitzender zu wählen.

Hier hatten sich die Vertreter/innen aus dem Bereich Oldenburg im Vorfeld bereits einvernehmlich auf einen Vorschlag verständigt. Dem Landesverbandstag wurde dann auch als Kandidatin die Kollegin Henriette Schmager vom Ortsverband Emden vorgeschlagen. Die Delegierten aus dem Bereich Oldenburg sprachen Henriette Schmager einstimmig ihr Vertrauen aus.

Henriette Schmager ist Beamtin des mittleren Dienstes, seit Jahren Ortsverbandsvorsitzende des Ortsverbandes Emden und seit 2004 Mitglied im Landesvorstand. Davor gehörte sie bereits dem Bezirksausschuss Oldenburg als Mitglied an. Henriette Schmager ist 49 Jahre alt, verheiratet und außerdem in der Personalratsarbeit im örtlichen Personalrat als Vorsitzende und im Bezirkspersonalrat engagiert.



Dem Bezirksausschuss Oldenburg gehören neben Henriette Schmager die Kollegen Manfred Müller (OV GBp Oldenburg) und Gerd Holthuis (OV Bad Bentheim), sowie Johannes Wilmes (OV OFD Hannover-StO) und Hartmut Hupka (OV Osnabrück-Land) an.

Wir gratulieren und wünschen eine erfolgreiche Arbeit.

### Bisherige stellvertretende Vorsitzende der DSTG und Vorsitzende des Bezirksausschusses Oldenburg verabschiedet

Am 19. September 2006 verabschiedeten die Delegierten des a.o. Landesverbandstages die bisherige stellvertretende Vorsitzende der DSTG und Vorsitzende des Bezirksausschusses Oldenburg, Heike Bischoff.

Nachdem die Kollegin Bischoff ihre dreimonatige Probezeit beim dbb, beamtenbund und tarifunion, landesbund niedersachsen erfolgreich hinter sich gebracht hatte, ist sie im August 2006 von allen Ämtern offiziell zurückgetreten. Heike Bischoff hat sich in ihrer Amtszeit für die Belange der DSTG außerordentlich engagiert. Der neue Landesvorsitzende, Dr. Thorsten Eichenauer dankte Heike Bischoff für ihren Einsatz.

Der Landesverbandstag wünschte ihr für ihre weitere berufliche und auch private Zukunft alles Gute und viel Erfolg.



# LANDESVERBANDSTAG

## Jürgen Hüper zum Ehrenvorsitzenden gewählt

Der Landesverbandstag hat Jürgen Hüper mit einstimmigem Votum und Standing Ovations zum Ehrenvorsitzenden der DSTG ernannt. Er folgte damit einem Antrag des Landesvorstandes, der mit dieser Auszeichnung die langjährige Aufgabenwahrnehmung und die besonderen Verdienste Jürgen Hüpers um die gewerkschaftlichen Belange insgesamt und die Probleme jedes einzelnen Mitglieds gewürdigt wissen wollte.

Der Ehrenrat, dem bereits die Kollegen Willi Fritsche, Werner Popp, Günther Jänicke, Kurt-Heinrich Maier, Werner Lürßen, Christoph Duensing und Horst Dölling angehören, wird damit um Jürgen Hüper verstärkt.



Zukünftig werden die Aufgaben des Ehrenrates durch die Neufassung der Ehrenordnung, die ebenfalls durch den Landesverbandstag verabschiedet wurde, anders definiert. So sind die Mitglieder des Ehrenrates nach § 3 Abs. 2 der Ehrenordnung aufgefordert, aus ihrer Mitte eine/einen Vorsitzende/n zu wählen, die/der zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 75 Jahre alt ist. Die gleiche Altersgrenze gilt für die Wahl zweier Stellvertreter/innen.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich die Zahl der Mitglieder, die sich im Ruhestand befinden, ständig erhöht, so dass hier der Betreuungsbedarf gestiegen ist. Gerade die Entwicklung in letzter Zeit hat gezeigt, dass die Gleichbehandlung von aktiven Beschäftigten und Versorgungsempfängern/Rentnern oftmals nicht mehr gegeben ist.

Aufgabe des Ehrenrates wird es daher zukünftig sein (§ 20 Ziff. 2 der Satzung der DSTG i.V.m. § 5 der Ehrenordnung), insbesondere Ruheständler und deren nach § 1 a der DSTG-Satzung gewerkschaftsangehörigen Witwen/Witwer zu betreuen und deren gesonderte Interessen zu vertreten.

Die Ehrenordnung regelt weiterhin die auszusprechenden Ehrungen. Danach verleiht die DSTG für 25-jährige Mitgliedschaft die silberne Ehrennadel und für 40-jährige Mitgliedschaft die goldene Ehrennadel. Eine weitere Ehrung erfolgt für 50-jährige Mitgliedschaft.

Sie finden die neu gefasste Ehrenordnung auf unserer Internetseite [www.dstgnds.de](http://www.dstgnds.de) im Bereich Ordnungen.

Am 16. August 2006 verstarb 88-jährig unser Ehrenmitglied

## **Horst Böllersen**

Unser Kollege Horst Böllersen war Gewerkschaftsmitglied der „ersten Stunde“; Bereits Mitglied im BdSt, im Bund Deutscher Steuerbeamter, der späteren Deutschen Steuer-Gewerkschaft, gehörte Horst Böllersen unserer Gewerkschaft seit ihrer Gründung am 02. Juni 1949 an.

Er hat die vielfältigsten Aufgaben in der DSTG wahrgenommen und in dieser Zeit die Arbeit der DSTG mitgeprägt. Von 1949 bis 1964 war Horst Böllersen stellvertretender Vorsitzender der DSTG; von 1964 bis 1980 gehörte er dem Landesvorstand an. Nach seinem Ausscheiden blieb er der DSTG Niedersachsen als Ehrenmitglied verbunden.

1948 war Horst Böllersen auch einer der Wiederbegründer des dbb landesbund niedersachsen und dort ebenfalls in den verschiedensten Gremien tätig.

Sein Engagement und sein Verständnis für alle, die mit ihm arbeiteten, machen ihn für uns unvergesslich.

## LANDESVORBANDSTAG



Der neu gewählte Geschäftsführende Landesvorstand der DSTG Niedersachsen: (*von links*) Günther Abeling (stellvertr. Landesvorsitzender), Henriette Schmager (stellvertr. Landesvorsitzende), Dr. Thorsten Eichenauer (Landesvorsitzender), Ursula Japtok (stellvertr. Landesvorsitzende), Reiner Küchler (Beisitzer), Bernd Borgfeld (Beisitzer) und Thorsten Balster (Beisitzer).

Wie bisher gehören als weitere Beisitzer dem Gremium ferner an (*nicht auf dem Foto*): Welf Bruch (durch Kooption), Markus Plachta (durch Kooption) und Friedhelm Schäfer (qua Satzung).

## BEZIRKSPERSONALRAT

### **Bezirkspersonalrat beim Personalrat des Finanzamtes Wolfenbüttel**

Auf Beschluss des örtlichen Personalrates beim Finanzamt Wolfenbüttel wurden der Vorsitzende des Bezirkspersonalrat (Land) [BPR] Günther Abeling und seine Stellvertreterin Uschi Japtok zur Teilnahme an einer Personalratssitzung im Finanzamt Wolfenbüttel eingeladen. Der Grund für die Einladung waren dort entstandene Fragen aus der Personalratsarbeit, die mit der Stufenvertretung zu klären und zu erläutern waren.

Eine derartige Teilnahme von Mitgliedern der Stufenvertretung an einer Sitzung der örtlichen Personalvertretung ist nach § 31 Abs. 5 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes möglich.

Nachdem die Teilnahme durch die Mitglieder des Bezirkspersonalrates beschlossen worden war, konnten der Vorsitzende Günther Abeling und seine Stellvertreterin Uschi Japtok die Einladung wahrnehmen.

Im Finanzamt Wolfenbüttel wurden die Mitglieder des BPR auch von dem Vorsteher des Finanzamtes, Herrn Regierungsdirektor Pohlmann begrüßt, der einige Ausführungen zu der Situation seines Finanzamtes machte.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Bezirkspersonalrates zu den Fragen des örtlichen Personalrates bezogen sich vor allem auf die Themen Auswahlverfahren bei der Vergabe höherwertiger Dienstposten sowie Beurteilungen und Fortführung der Dienstpostenbewertung mit Wegfall von höherwertigen Dienstposten.

Die vielfältige Thematik der Auswahlentscheidungen im Rahmen von Stellenausschreibungen dürfte inzwischen jeden

## BEZIRKSPERSONALRAT

örtlichen Personalrat in der einen oder anderen Weise beschäftigt haben. Auch die Mitglieder des Bezirkspersonalrates (Land) stehen hier weiterhin im ständigen Gespräch mit der Dienststelle. Grundsätzlich ist jeder Vorschlag der Verwaltung zur Besetzung eines ausgeschriebenen Dienstpostens als Einzelfall zu sehen und gesondert zu betrachten.

Im Rahmen der Auswahlentscheidungen stellt die Anwendung der neuen Rechtsprechung nur eine der Möglichkeiten dar. Sie kommt dann zum Tragen, wenn die Konkurrentinnen und Konkurrenten für einen ausgeschriebenen Dienstposten gleich beurteilt worden sind und ihnen die gleiche Eignung zuerkannt worden ist.

Handelt es sich aber z.B. um Bewerberinnen und Bewerber unterschiedlicher Besoldungsgruppen, kann eine derartige Auswahl nur nach der Bestenauslese, nämlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Ein Vergleich der Leistungskriterien, z.B. Bewertung der Fachkenntnisse und des Arbeitsergebnisses kann unmittelbar nicht geschehen, weil in der Beurteilung nur Beamtinnen und Beamte der gleichen Besoldungsgruppe miteinander vergleichbar sind. Allerdings ist in derartigen Fällen natürlich die Erfahrung, die ein Bewerber bzw. eine Bewerberin in einer höheren Besoldungsgruppe bereits hat sammeln können, zu berücksichtigen.

In Fällen, in denen die erforderliche Eignung für den ausgeschriebenen höherwertigen Dienstposten bei allen Bewerberinnen und Bewerbern fehlt, ist eine Prognose darüber abzugeben, welcher der Bewerber der am besten geeignete sein könnte. Hier handelt es sich um eine Beurteilung, bei deren Vergabe das Niedersächsische Personalvertretungsrecht den Personalräten allerdings kein Mitspracherecht einräumt.

Bewerben sich Kolleginnen und Kollegen auf einen höherwertigen Dienstposten und hat einer der Bewerber/-innen bereits einen Dienstposten der gleichen Besoldungsgruppe inne, ist jedoch noch nicht befördert worden, sind wiederum andere Kriterien zu bedenken.

Ein weiteres brisantes Thema war die zu Beginn des Jahres durchgeführte Dienstpostenbewertung. Einige der Dienstposten waren zu Beginn des Jahres herabgewertet worden, weil die Vorgaben für die bisherige Anzahl der höherwertigen Dienstposten nicht mehr gegeben waren.

Hier mussten Kolleginnen und Kollegen die bittere Erfahrung machen, dass der mühsam ergatterte höher-

wertige Dienstposten nicht mehr höherwertig war und sie gezwungen sein werden, sich erneut auf einen derartigen Dienstposten zu bewerben. Leider gibt es in diesem Bereich keine Besitzstandswahrung.

Der Anspruch eines Beamten/einer Beamtin besteht nach dem Beamtengesetz lediglich auf besoldungsgerechten Einsatz, sofern dieser möglich ist. Ist ein besoldungsgerechter Einsatz nicht möglich, weil kein entsprechender Dienstposten frei ist, ist eine befristete unterwertige Tätigkeit möglich.

Ebenfalls zur Sprache kam die Möglichkeit der Einrichtung eines mobilen Arbeitsplatzes für den Innendienst. Einen mobilen Arbeitsplatz für den Innendienst wird es auf



absehbare Zeit nicht geben. Die Tätigkeit eines Finanzbeamten/einer Finanzbeamtin ist zunehmend abhängig von "der Technik". Für die Arbeit im Innendienst heißt dieses, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Veranlassungen, Speicherkonten, die Rechtsbehelfsliste (REBE) und viele Dinge mehr zugreifen müssen. Da dieses im Rahmen des mobilen Arbeitsplatzes nicht möglich ist, ist eine Einführung so gut wie ausgeschlossen.

Das momentan noch laufende Pilotprojekt "Telearbeit" erlaubt die entsprechenden Zugriffe und könnte ggf. ausgeweitet werden. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen.

Die Vertreter des Bezirkspersonalrates (Land) konnten durch diesen Besuch „hautnah“ die aufgelaufenen Probleme erörtern und einige Eindrücke mitnehmen, die auch für ihre Arbeit unerlässlich sind.

### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: [geschaeftsstelle@dstgnds.de](mailto:geschaeftsstelle@dstgnds.de), Internet: [www.dstgnds.de](http://www.dstgnds.de)

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover

Auflage: 7850 Erscheinungsweise: zweimonatlich (C) 2006 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.



## LANDESVORSTAND

### Tagung des Arbeitskreises PersBB

Die Mitglieder des Arbeitskreises Personalbedarfsberechnung und Neue Steuerungsinstrumente tagten zweitägig in der Zeit vom 28. - 29. September 2006 in der Fortbildungsakademie des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn - Bad Godesberg.

Im Rahmen der Zusammenkunft diskutierten die Mitglieder der Arbeitsgruppe über die negativen und positiven Veränderungen nach Einführung von Risikomanagementverfahren und Instrumenten einer neuen Verwaltungssteuerung. Dabei zeigten sich unterschiedliche Erfahrungen. Die Erwartungen jedoch, die mit dem Einsatz eines Risikomanagementverfahrens verbunden waren, sind bisher nicht erfüllt worden.

Ziel eines Risikomanagementverfahrens sollte sein, risikoarme Fälle keiner intensiven Bearbeitung mehr zuzuführen, um so die risikobehafteten Fälle intensiver prüfen zu können. Die frei werdenden Arbeitskräfte sollen zur Qualitätssicherung eingesetzt werden; ein Personalabbau findet nicht statt.

Um hier gesicherte Erkenntnisse zu bekommen, werden Erhebungen, die den Zeitaufwand für die Bearbeitung der eingehenden Steuererklärungen belegen sollen, in verschiedenen Bundesländern durchgeführt. Diese Erhebungen werden als Grundlage für die Personalbedarfsberechnung eines Landes zu verwenden sein, das bereits ein Risikomanagementverfahren im Einsatz hat.

Aus der Diskussion zwischen den DSTG-Vertretern ist zu erkennen, dass die Bundesländer zwar scheinbar von einem bundeseinheitlichen Risikofilter ausgehen, diesen aber für ihre Belange verändern. In Niedersachsen wird der Pilotversuch für das Verfahren RimiNi (Risikomanagement in Niedersachsen) zur Zeit für 10 % der eingehenden Steuererklärungen und eingehende ELSTER-Erklärungen in den Finanzämtern Braunschweig-Wilhelmstraße und Hannover-Land II fortgeführt.



Für Niedersachsen bei der Tagung: Uschi Japtok (3. von re.)

### *Kurznotiert*

#### **Reduzierte Bezugsdauer von Kindergeld und Auswirkung auf die Beihilfe**

Nach dem Steueränderungsgesetz 2007 wird das Kindergeld ab dem 01.01.2007 grundsätzlich nur noch bis zum 25. Lebensjahr gezahlt.

Dabei wurden die folgenden Übergangsregelungen geschaffen:

Die Berechtigten erhalten für Kinder,

- die bis zum 31.12.1981 geboren worden sind längstens bis zum vollendeten 27. Lebensjahres
- die im Jahr 1982 geboren worden sind, längstens bis zum vollendeten 26. Lebensjahres und für Kinder,
- die ab dem 01.01.1983 geboren worden sind, längstens bis zum 25. Lebensjahr Kindergeld.

Die schrittweise Verkürzung der Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld hat ebenfalls Auswirkung auf den Bezug des Kinderanteils im Familienzuschlag (§ 40 Abs.

2 BBesG). Der Kinderanteil wird ebenfalls nur noch für die verkürzte Zeit gezahlt.

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 der Beihilfavorschriften sind Kinder des Beihilfeberechtigten nur beihilfeberechtigt, wenn sie im Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) berücksichtigungsfähig sind. Nach der Änderung der Altersgrenzen entfällt deshalb künftig auch die Berücksichtigungsfähigkeit in der Beihilfe mit der Vollendung des 25. Lebensjahres des Kindes.

Im Haushaltsbegleitgesetz 2007 ist nunmehr vorgesehen, dass **für alle am 31.12.2006 an einer Hochschule eingeschriebenen Kinder die Beihilfeberechtigung erhalten bleiben soll. Damit wäre dieser Personenkreis wie bisher weiterhin bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres beihilfeberechtigt.**

Es wird davon ausgegangen, dass auch der Bemessungssatz des Beihilfeberechtigten selbst sich nicht ändert, solange die Beihilfeberechtigung zweier oder mehrerer Kinder gegeben ist. Entsprechend hat sich der dbb gegenüber den im Landtag vertretenen Fraktionen geäußert.

# SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

## Es ist normal, verschieden zu sein Aus meiner Arbeit als Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung

Mein Arbeitstag hatte eigentlich recht gut angefangen als ich morgens durch einen Kollegen angesprochen wurde, weshalb ich einen Tiefgaragenparkplatz inne hätte, obwohl ich doch recht mobil meinen Arbeitsplatz erreichen könnte.

Bevor ich fortfahre, möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Ich bin 32 Jahre jung, Innendienstbearbeiter in der Vollstreckungsstelle, Schwerpunkt Kraftfahrzeugsteuer und nebenbei auch Vertrauensperson der Menschen mit Behinderungen.

Ich selbst bin von der sogenannten Glasknochenkrankheit (Gott sei dank die verhältnismäßig leichte Form), lat. Osteogenesis imperfecta, betroffen. Diese Art der Erkrankung spiegelt sich in der teilweisen extremen Brüchigkeit der Knochen (Bruchwirkung wie Glas), teilweise mit Verdrehungswirkung bzw. Trümmerneigung, wieder. Insofern können Sie sich eventuell selbst vorstellen, wie es sein muss, mit diesem Risiko, tagtäglich, jede Sekunde, jede Minute des Lebens umzugehen. Meine Brüche habe ich zahlenmäßig nie katalogisiert, es sind jedoch einige. Bestimmte Operationen waren aufgrund der Knochenbrüche bis heute notwendig, um die Mobilität wieder einigermaßen herzustellen. Ich habe in diesem Zusammenhang viel Glück gehabt, dass mir der Rollstuhl bis heute erspart geblieben ist. Zu meiner eigenen Sicherheit und Unterstützung bewege ich mich jedoch mit einem Gehstock voran. Der entlastet die Beine und gibt mir auch auf unebenem Boden mehr Stabilität.

Dem Kollegen, der mich wegen meines Parkplatzes angesprochen hatte, habe ich die Frage gestellt, ob er mit mir tauschen wolle, ich bekäme seine "gesunden" Knochen, dafür müsse er sich dann aber in seiner Lebensweise mittel bis stark einschränken. Dies wollte er dann wohl doch nicht und verließ kurzerhand mein Büro. Eigentlich habe er das ja nicht so gemeint, sagte er später. Es fiel ihm eben halt nur auf. Ich könne den von meinem Arbeitgeber bereitgestellten Parkplatz doch auch einem älteren Kollegen geben.

Vielen Dank für den Hinweis, aber ich denke, ich kann als Betroffener selbst einschätzen, was gut oder was schlecht für mich ist. Die Möglichkeit, in der Nähe meiner Dienststelle direkt an meinen Arbeitsplatz zu kommen, hilft mir sehr. Mein Hauptaugenmerk ist hierbei auch die kalte Jahreszeit. Ich habe eine stark eingeschränkte Bewegung im rechten Arm. Das Laufen fällt mir aufgrund zahlreicher Knochenbrüche überaus schwer. Darüber hinaus ist für mich das Risiko, von einem entfernteren Parkplatz zum Arbeitsplatz zu gelangen, mehr als hoch.

Durch meine Arbeit als Vertrauensperson, aber auch als Selbstbetroffener hat man zu gewissen Dingen des täglichen Lebens eine andere Einstellung bzw. Sichtweise. Ich versuche die Probleme und Vorbehalte von Menschen mit Behinderungen abzubauen, bin Vermittler, Zuhörer und natürlich Aktivist, wenn es gilt, die Belange von Menschen mit Behinderungen zu vertreten. Eine Aufgabe, die teilweise viel Geduld, sehr viel Informationsaufnahme und das gewisse Fingerspitzengefühl erfordert. Eine Aufgabe, die mir sehr viel Spaß macht, die mich in meinem Selbstwertgefühl bestärkt und mir auch immer wieder die Bestätigung gibt, dass man etwas bewegen kann.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen kleinen Einblick in mein sehr, sehr umfangreiches Tätigkeitsfeld geben.

Viele Behinderungsformen sind erst auf den 2. oder 3. Blick erkennbar. Denken Sie nur an einen Diabetiker, dessen Krankheit grundsätzlich nicht immer gleich erkennbar ist. Auch dieser ist in seiner Lebensqualität teilweise so stark eingeschränkt, dass man relativ schnell den Eindruck erhält, das kann ja nicht so schlimm sein. Schließlich nimmt der ja nur eine Insulinspritze. Ich denke, dass ist eine krasser Irrtum. Fragen Sie beispielsweise einmal einen Diabetespatienten nach einem normalen Tag. Ich bin gespannt, welche Antwort Sie erhalten.

Sie sehen also selbst, viele Menschen haben offensichtlich immer noch Vorbehalte im Umgang mit behinderten Menschen. Es ist normal verschieden zu sein!

Jeder sollte sich diesen Satz einmal verinnerlichen. Ist man selbst normal, wenn man, wie Ihnen mit den o.g. Beispielen veranschaulicht, diese Einstellung gegenüber einem Behinderten abgibt? Vielleicht haben Sie sich schon einmal selbst dabei ertappt: Muss ich denn einem Blinden wirklich über die Straße helfen? Wozu hat der denn einen Blindenstock? Oder, ich weiß nicht, ob ich den Rollstuhlfahrer fragen sollte, diesem über den Bordstein zu helfen. Ich glaube, der schafft das schon!

Es ist nicht die Behinderung, die behindert, es sind die vielen kleinen Dinge des täglichen Lebens, die für Nichtbehinderte normal sind. Es fehlt in der Gesellschaft immer noch an der Grundeinstellung zu Behinderten bzw. zur Behinderung selbst.

Hilfe zur Selbsthilfe und nicht bemitleidenswertes Verhalten sollte an der Tagesordnung sein, die jeder, ob nun mit Behinderung oder ohne, einem Menschen mit Behinderung entgegenbringen kann.

*Jörn Lohse,  
DSTG Ortsverband Stadthagen*

### 31. Deutschlandturnier der Finanzämter in Berlin - 2 x Silber u. 1x Bronze für Teilnehmer aus Niedersachsen

Beim 31. Deutschlandturnier der Finanzämter vom 14. bis 16. September in Berlin starteten 46 Sportlerinnen und Sportler aus Niedersachsen in den Disziplinen Fußball, Tischtennis, Tennis, Schach, Kegeln und Bowling.



Mit einer Rekordbeteiligung von 1243 aktiven Teilnehmern plus ca. 500 Betreuern und Fans aus allen Bundesländern Deutschlands wurde eine Größenordnung erreicht, die es zuvor noch nie gegeben hat und wohl auch nie wieder geben wird.



Beim **Tischtennis der Herren verpasste unsere Mannschaft** die Goldmedaille in einem hochdramatischen Endspiel nur ganz knapp. Die Mannschaft mit Mirko Kernein, Rolf Schubinski, Thomas Marschler u. Uwe Sieberg mußte sich dem Mitfavoriten aus Frankfurt mit 4:2 erst durch die letzten Bälle in den entscheidenden Sätzen geschlagen geben.

Beim **Tischtennis der Damen** gab es mit Andrea Wahlers, Martina Nühning u. Annette Scharmach ein Team, das stark aufspielte.

Leider hatten die Damen Lospech und trafen im Gruppenspiel auf den späteren souveränen Sieger von der FSG Saar. Als Gruppenzweiter konnte leider nicht direkt das Halbfinale erreicht werden, aber für das nächste Jahr haben sich die drei viel vorgenommen.

Am zweiten Tag erreichten im Einzel M. Nühning u. U. Sieberg das Achtelfinale. A. Scharmach aus Soltau mußte sich erst im Viertelfinale geschlagen geben.

Die **Silbermedaille** beim **Kegeln** wurde durch eine geschlossene Mannschaftsleistung erkämpft. Im Team Hannover-Nord spielten Walter Hinz, Klaus Dieter Siecke, Bernd Borgfeld, Werner Holste und als Gast Detlef Haubenreisser ihre ganze Routine aus und mussten sich zum Schluss nur den starken Berlinern auf ihren Heimbahnen geschlagen geben. In der Einzelwertung wurden bei 122 Startern die Plätze 7,10,11,23 belegt. In dieser Zusammensetzung wollen wir auch 2007 um die ersten Plätze mitkämpfen.

Beim diesjährig angebotenen **Bowlingturnier** starteten aus Niedersachsen drei Mannschaften. Bei den Mixedteams gewann die **Bronzemedaille** das Team aus Lüneburg. Monika Kulik, Maik Deppe, Jens Kruska u. Andre Brandt spielten stark auf und mussten sich am Schluss nur den Berliner Heimmannschaften geschlagen geben. Auch Hannover-Mitte belegte hier bei 27 startenden Teams einen guten 7. Platz. Das Damenteam von Hannover-Mitte war ebenfalls mit dem 8. Platz gut platziert.

Die Endrunde der letzten 16 erreichten Tina Sklarek und Monika Kulik bei den Damen (77 Starterinnen) sowie Jens Kruska und Andre Brandt bei den Herren (98 Starter). Mit den Plätzen 13 u. 14 sowie 10 u. 13 ein klasse Ergebnis der Lüneburger.

Beim **Tennis** und **Schach** wurden von den Teilnehmern aus Niedersachsen Plätze im oberen Mittelfeld erreicht.

Zum **Fußballturnier** reiste der OFD Pokalsieger 2005 die SG Verden/Nienburg mit einer großen Fangruppe nach Berlin.

Leider musste man sich gleich im ersten Spiel dem späteren Turniersieger Essen Ost geschlagen geben. Einige Ausfälle und Verletzungen hatten unsere Mannschaft geschwächt. Trotz allem wurde in der Gruppe B durch hervorragenden Einsatz mit 4 Punkten ein guter dritter Platz belegt.

Somit wurde die Endrunde knapp verpasst. Am Samstag verabschiedete sich die Mannschaft in der Trostrunde mit zwei Siegen und einer Niederlage. Ein Turnier das allen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

## FINANZSPORT

**Im Jahr 2007** wird das Deutschlandturnier vom 13. bis 15. September durch den LV Brandenburg in der Stadt Brandenburg ausgerichtet.

Beim Fußball hat sich wie immer der OFD Pokalsieger automatisch qualifiziert. Bei allen anderen Sportarten werden noch Teilnehmer gesucht, die Niedersachsen vertreten.

Alle Interessierten melden sich bitte bei

**Bernd Borgfeld beim FA Hannover Nord**

per E-Mail: [bernd.borgfeld@fa-h-no.niedersachsen.de](mailto:bernd.borgfeld@fa-h-no.niedersachsen.de)

oder telefonisch unter: 0511/6790-6028.

*Bernd Borgfeld  
DSTG Ortsverband Hannover-Nord*



Die erfolgreiche Keglermannschaft: (von links) Detlef Haubenreisser, Werner Holste, Klaus-Dieter Siecke, Walter Hinz und Bernd Borgfeld. Im Hintergrund Detlef Dames (Vorsitzender des Landesverbandes Berlin) und rechts im Bild Dieter Ondracek.

## LANDESVORSTAND

### Föderalismusreform in Kraft - Was nun ?

Die Föderalismusreform ist mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft getreten. In der Folge sind die Zuständigkeiten für Besoldung, Versorgung und Beamtenrecht auf die Länder übergegangen. Europa wächst zusammen. In immer mehr Bereichen bestimmt die EU die Gesetzgebung, um zu einer Rechtsvereinheitlichung beizutragen. In dieser Zeit hat sich der deutsche Gesetzgeber rückwärts gewandt, statt Rechtsvereinheitlichung strebt er Rechtsvielfalt an. Er möchte für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Deutschland keine einheitlichen Lebensverhältnisse mehr, sondern einen Konkurrenzkampf, der die wirtschaftlich starken Bundesländer bevorzugt und die schwächeren noch mehr benachteiligt. Diese Entscheidung wird Deutschland nicht voranbringen.

Wir haben nach wie vor große Probleme mit dem Ost-West-Gefälle, die sich aus der unterschiedlichen Besoldung im Osten und Westen ergeben. Wenn zu Beginn der 90iger Jahre die Ausbildung der Beschäftigten diese Differenzierung vielleicht gerechtfertigt hat, gibt es dafür heute überhaupt keine Argumente mehr. Besonnene Praktiker und Politiker sind hinter vorgehaltener Hand der Meinung, die jetzt geschaffenen Zuständigkeiten werden keinen langen Bestand haben.

Dessen ungeachtet müssen sich Verwaltung und Gewerkschaften auf die neue Situation einstellen. Die Länder werden ihre Referate bzw. Abteilungen für Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht personell aufstocken müssen, also zusätzliche Ausgaben für

Personal aufwenden. Für die Gewerkschaften, die sich nachdrücklich für die Beibehaltung der bisherigen Zuständigkeiten aussprachen, gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten. Die einzelnen Landesbünde des dbb könnten sich mit Fachpersonal so verstärken, dass sie ein ebenbürtiger Partner der Verwaltung würden. Man könnte die Zuständigkeit aber auch dem Bund übertragen mit der Maßgabe, die Verhandlungskommissionen jeweils mit einem oder zwei Landesvertretern zu verstärken.

Alle Argumente sprechen für die 2. Alternative. Der dbb Bund verfügt über jahrelange Erfahrung, über kompetentes Fachpersonal, das sofort zur Verfügung steht. Die Länder müssten nach Fachkräften suchen, die sicherlich schwer zu finden sein werden, denn es gibt nur wenige erfahrene Fachanwälte für Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht. Qualifiziertes Personal kostet viel Geld, das jeder Landesbund aufwenden müsste, um seiner Landesregierung Paroli bieten zu können.

Es besteht ferner die große Gefahr, dass die Landesbünde zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen viel Lehrgeld zahlen müssten, weil ihre Vertreter über keinerlei Erfahrung in derartigen Verhandlungen verfügen. Die Auswirkungen der Unerfahrenheit unseres dbb bekommen wir jedes Jahr erneut zu spüren: das Weihnachtsgeld ist nahezu vollständig gestrichen. Eine zentrale Verhandlungsführung erkennt schneller neue länderübergreifende Tendenzen auf der Seite der Dienstherrn und kann mit Hilfe größerer Aktionen mehr Widerstand aufbauen als ein Landesbund.